

WIRTSCHAFTLICHE FREIHEIT

IN DER WELT



Annual Report 2004
Kurzfassung

PositionLiberal

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung
Truman-Haus
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam

Tel.: 0331/7 01 92 10
Fax: 0331/7 01 92 16
Email: libinst@fnst.org
www.libinst.de

Verlag und Gesamtherstellung
Comdok GmbH
Eifelstr. 14
53757 Sankt Augustin

Druck und Gesamtgestaltung
ESM Satz und Grafik GmbH
Wilhelminenhofstraße 83-85
12459 Berlin

1. Auflage 2004

WIRTSCHAFTLICHE FREIHEIT IN DER WELT

Eine Kurzfassung der Studie

*„Economic Freedom of the World –
2004 Annual Report“*

von James D. Gwartney und Robert A. Lawson

besorgt von Detmar Doering und Sascha Tamm
unter Mitarbeit von Janett Engel

Position Liberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts
der Friedrich-Naumann-Stiftung

Inhalt

Ohne wirtschaftliche Freiheit kein Wohlstand	5
Die Methoden	7
Die Daten für Deutschland	9
Die Rangfolge	11
Deutschland im europäischen Vergleich	13
Die Erweiterung als Chance	15
Auswirkungen von wirtschaftlicher Freiheit und Unfreiheit	19
Geht es denn nur um die Wirtschaft?	21
Wirtschaftliche Freiheit und politische Rechte – Ein Widerspruch?	24
Etwas zur Kausalität	25
Zusammenfassung und zwei Gründe für Hoffnung	27

Ohne wirtschaftliche Freiheit kein Wohlstand

„Die Freiheit ist ein so kostbarer Wert, dass wir bereit sein sollten, ihr alles zu opfern, möglicherweise auch Wohlstand und Überfluss, wenn die wirtschaftliche Freiheit uns dazu zwingen sollte. Zu unserem unverdienten Glück steht es jedoch so, dass die auf der Freiheit beruhende Wirtschaftsordnung, die wir für die allgemeine Freiheit nicht entbehren können, gleichzeitig von einer unvergleichlichen materiellen Überlegenheit über die auf Zwang beruhende Wirtschaftsordnung ist.“

Von *Wilhelm Röpke*, dem großen Ökonomen und einem der geistigen Architekten des deutschen Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg stammen diese Worte aus dem Jahre 1959.

Und es stimmt: Marktwirtschaftliche Ordnungen sind die Grundvoraussetzung von wirtschaftlicher Dynamik und Wohlstand der Bevölkerung. Man könnte diese Aussage als Binsenweisheit abtun, da sie unzählige Male sowohl theoretisch bewiesen als auch empirisch belegt wurde. Doch in der öffentlichen Diskussion wird immer wieder anderes behauptet: Wirtschaftliche Freiheit führe zu Armut und Wirtschaftskrisen, zu ökonomischen und erst recht ökologischen Katastrophen. Nur eine durch allerlei Regulierungen und Interventionen „gebändigte“ Marktwirtschaft führe deshalb zu akzeptablen Ergebnissen.

Das Argumentieren gegen derart weitverbreitete Meinungen ist mühsam und gleicht dem Bohren dicker Bretter. Es führt kein Weg daran vorbei, immer neue empirische Belege für die Überlegenheit von Wirtschaftssystemen zu sammeln, die auf der größtmöglichen Freiheit der Individuen beruhen. Dabei muss der Schwerpunkt auf die Rahmenbedingungen gelegt werden, unter denen sich unternehmerische Initiative und Wettbewerb möglichst frei entfalten können. Dazu zählen eine rechtstaatliche Ordnung, eine stabile Währung und gesicherte Eigentumsrechte.

Das *Economic Freedom Network*, in dem sich Forschungsinstitute aus 54 Ländern zusammengeschlossen haben, widmet sich dieser Aufgabe. Die Idee einer vergleichenden Analyse des Grades wirtschaftlicher Freiheit in der Welt geht auf Nobelpreisträger *Milton Friedman* und den Direktor des kanadischen *Fraser Institute*, *Michael Walker*, zurück, die 1986 dieses Projekt in Angriff nahmen. Nach langen wissenschaftlichen und methodologischen Vorarbeiten war es dann so weit: Seit 1995 erscheint der Report *Economic Freedom of the World* nunmehr jährlich. Auf deutscher Seite beteiligt sich das Liberale Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung an der Herausgabe des Reports. In der neuesten Aus-

gabe aus dem Jahr 2004 werden insgesamt 123 Länder analysiert, miteinander verglichen und in eine Rangfolge gebracht.

Was ist eigentlich Wirtschaftsfreiheit?

„Die Hauptbestandteile wirtschaftlicher Freiheit sind persönliche Wahlfreiheit, freiwilliger Austausch, Wettbewerbsfreiheit, und der Schutz von Person und Eigentum. Institutionen und die Politik sind mit der Wirtschaftsfreiheit vereinbar, wenn sie eine Infrastruktur für freiwilligen Austausch bereitstellen und den Einzelnen und sein Eigentum gegen Aggressoren schützt, die Gewalt, Zwang und Betrug anwenden wollen, um Dinge zu bekommen, die ihnen nicht gehören ...

Doch Wirtschaftsfreiheit braucht auch Regierungen, die viele Tätigkeiten unterlassen. Sie müssen von Tätigkeiten absehen, die in die persönliche Wahlfreiheit, in den freiwilligen Austausch und in die Freiheit, in Märkte für Arbeit und Produkte einzutreten und in ihnen zu konkurrieren, eingreifen. Wirtschaftsfreiheit ist reduziert, wenn Steuern, Staatsausgaben und Regulierungen die persönliche Wahlfreiheit, den freiwilligen Austausch und die Marktcoordination einschränken. Restriktionen, die den Eintritt in Berufe und Geschäftsaktivitäten begrenzen, behindern auch die wirtschaftliche Freiheit.“

Aus: *Economic Freedom of the World*, 2004

Wirtschaftliche Freiheit ist also nicht durch die Abwesenheit von Institutionen und Regeln gekennzeichnet, wie immer wieder von ihren Gegnern behauptet wird. Vielmehr entfalten unternehmerische Initiative und Wettbewerb ihre positiven Wirkungen erst in einer Rahmenordnung, die durch verschiedene Merkmale gekennzeichnet ist, die in diesem Report einfließen.

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse kurz und anschaulich dargestellt. Deutschland liegt gemessen am Grad der wirtschaftlichen Freiheit derzeit gemeinsam mit Chile, Ungarn, Schweden und Taiwan auf Platz 22, nachdem es noch 1970 den 6. Platz innehatte. Bei der Freiheit des Arbeitsmarktes belegt Deutschland allerdings nur den vorletzten Rang unter den 95 Ländern, für die Datenmaterial vorlag.

Die Auswertung der Daten führt außer einem Ranking aller untersuchten Länder zu einigen wichtigen Zusammenhängen, die die Überlegenheit von freien Marktwirtschaften belegen - gerade auf den Gebieten, in denen ihnen oft Ver-

sagen vorgeworfen wird. Die Marktwirtschaft bringt nämlich auch und gerade den ärmeren Bevölkerungsgruppen Vorteile. Sie sorgt nicht nur für wirtschaftliches Wachstum, sondern z.B. auch für höhere Lebenserwartung.

Aus den Ergebnissen lassen sich aufgrund der Aufschlüsselung in verschiedene Bereiche die Defizite nationaler Politiken gut erkennen. Deshalb ist der *Economic Freedom Report* für Liberale in aller Welt ein gutes Werkzeug, um ihre konkreten politischen Ziele zu definieren. Gleichzeitig wird er unter Mitarbeit aller Teile des Netzwerkes ständig methodisch überarbeitet, um seinen Nutzwert weiter zu erhöhen.

Die Methoden

Der *Economic Freedom Report* beruht auf einer Reihe von mess- und vergleichbaren Größen, die als Indikatoren für die wirtschaftliche Freiheit dienen. Sie werden zunächst in Teilindizes und schließlich in einem Gesamtindex zusammengefasst.

Die fünf Bereiche, zu denen Teilindizes erstellt werden, sind:

1. Umfang der Staatstätigkeit: Ausgaben, Steuern, staatliche Unternehmen
2. Rechtssystem und Schutz der Eigentumsrechte
3. Stabilität der Währung
4. Freiheit des Außenhandels
5. Regulierungen von Finanz- und Arbeitsmärkten sowie der unternehmerischen Tätigkeit

In jedem dieser Bereiche werden verschiedene Teilindikatoren erhoben, die jeweils so normiert werden, dass sie einen Wert zwischen 0 und 10 ergeben. Dabei ist 10 immer der „beste“ Wert, steht also für ein Maximum an Freiheit. Insgesamt werden 38 verschiedene Datensätze verwendet. 18 davon beruhen auf Erhebungen aus dem *International Country Risk Guide* und dem *Global Competitiveness Report*. Insgesamt ist zu beachten, dass nur für 95 Länder komplettes Datenmaterial vorlag, so dass nur für diese z.B. Aussagen über die Freiheit des Arbeitsmarktes gemacht werden konnten.

Wenn Staaten ihren Bürgern über das zur Sicherung freier Wirtschaftlicher Rahmenbedingungen unbedingt notwendige Maß hinaus Ressourcen entziehen, um sie unzuverteilten und damit anderen Zwecken zuzuführen, als dies die Bürger selbst getan hätten, ist das ein Eingriff in ihre wirtschaftliche Freiheit. Im Bereich 1: **Umfang der Staatstätigkeit: Ausgaben, Steuern, Staatliche Unternehmen** wird deshalb dargestellt, inwieweit die Länder auf individuelle Ent-

scheidungen ihrer Bürger und auf Marktprozesse anstelle von staatlicher Verteilungspolitik setzen.

Dazu wird der Anteil der Staatsausgaben am gesamten Verbrauch und der Anteil von Transferzahlungen und Subventionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. Der dritte an dieser Stelle verwendete Indikator bewertet den Anteil staatseigener Unternehmen an der Gesamtwirtschaft und den Anteil staatlicher Investitionen am BIP. Schließlich wird die finanzielle Belastung der Bürger durch die Einkommensteuer zum Maßstab gemacht. Dabei spielen sowohl die Spitzensteuersätze als auch die Einkommensbestandteile, auf die sie zur Anwendung kommen, eine Rolle. Die volle Punktzahl erhalten Länder dann, wenn die Steuerbelastung für alle Einkommensbestandteile unter 20% liegt.

Eine Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn ein stabiles Rechtssystem und insbesondere ein effektiver Schutz der Eigentumsrechte existiert. Im **Bereich 2: Rechtssystem und Schutz der Eigentumsrechte** wird zunächst die Unabhängigkeit der Justiz von Eingriffen durch den Staat oder bestimmte Prozessparteien bewertet. Anschließend wird untersucht, inwieweit es für private Unternehmen anerkannte und legale Möglichkeiten gibt, gegen staatliche Entscheidungen und Gesetzgebungen vorzugehen. Eine Rolle spielen außerdem der Schutz des intellektuellen Eigentums, die Gefahr von Einmischungen des Militärs in rechtsstaatliche und politische Prozesse und die allgemeine Integrität des Rechtssystems.

Ohne stabile und frei konvertierbare Währung sind weder langfristig angelegte Investitionen noch private Vorsorge möglich. Im **Bereich 3: Stabilität der Währung** wird zunächst das jährliche Geldmengenwachstum in Relation zum jährlichen Wachstum des BIP gesetzt – sind beide Werte gleich, ergibt das den höchstmöglichen Wert 10. Weiterhin werden sowohl die Veränderung der Inflationsrate und die aktuelle Inflationsrate selbst herangezogen. Als letzter Indikator dieses Bereiches dient die rechtliche Möglichkeit, Bankkonten mit Fremdwährungen im In- und Ausland zu eröffnen.

Es gibt verschiedenste Möglichkeiten, den Handel über Ländergrenzen hinweg zu behindern. Alle schränken die wirtschaftliche Freiheit und damit letztlich die wirtschaftliche Dynamik entscheidend ein. Im **Bereich 4: Freiheit des Außenhandels** wird der Grad dieser Behinderungen ermittelt. Dabei werden zunächst die Zölle und Steuern auf den internationalen Handel betrachtet. Danach werden einige weitere Handelshemmnisse bewertet. Dabei handelt es sich z.B. um Gebühren und um die bürokratischen Hemmnisse, die bei Im- oder Export zu überwinden sind. Außerdem spielen die Differenz zwischen dem offiziellen (gewöhnlich von der jeweiligen Nationalbank) festgelegten Wechsel-

kurs und demjenigen auf dem schwarzen Markt sowie die bestehenden Kapitalverkehrskontrollen eine Rolle.

Der Bereich 5: Regulierungen von Finanz- und Arbeitsmärkten sowie der unternehmerischen Tätigkeit ist aus deutscher Sicht von besonderer Bedeutung.

Die Freiheit der Finanzmärkte wird danach bewertet, welcher Anteil der Bankguthaben bei Banken in Privatbesitz liegen, inwieweit ausländische Banken Zutritt zum Inlandsmarkt haben, welchen Anteil am gesamten Kreditvolumen der private Sektor hat und inwieweit sich die Kredit- und Guthabenzinsen nach den Marktkräften richten.

Zur Messung der Freiheit des Arbeitsmarktes werden der Einfluss von gesetzlichen Mindestlöhnen auf die Lohnstruktur, die Vertragsfreiheit bei den Kündigungsschutzregelungen (also die Abwesenheit staatlicher Regulierungen auf diesem Gebiet), die Bedeutung von zentralen Tarifverträgen, die Höhe staatlicher Zahlungen an Arbeitslose und deren Wirkung auf den Arbeitsanreiz und schließlich Existenz und Umfang der Wehrpflicht herangezogen.

Als Behinderungen der unternehmerischen Tätigkeit werden Preiskontrollen, komplizierte bürokratische Abläufe bei der Neugründung von Unternehmen und die Zeit, die insgesamt für die Kontakte zu staatlichen Verwaltung aufgewendet werden muss, und schließlich die „irregulären“ Zahlungen, die bei den verschiedensten Geschäftsvorgängen anfallen, bewertet.

Die Daten für Deutschland

Nach dem Gesamtwert der wirtschaftlichen Freiheit liegt Deutschland zur Zeit gemeinsam mit 4 anderen Ländern auf Platz 22 von 123 untersuchten Ländern. Man könnte meinen, das sei doch gar nicht so schlecht. Doch zwei Fakten sprechen dagegen: erstens lag Deutschland im Jahr 1970¹ noch auf Platz 6, zweitens sind die schlechten Platzierungen bei der Freiheit des Arbeitsmarktes und beim Umfang der Staatstätigkeit sehr bedenklich. Hier lassen sich auch keine Verbesserungen feststellen.

Die Bewertungen beim Rechtssystem und bei der Geldwertstabilität sind dagegen wie bei den anderen EU-Mitgliedsstaaten relativ gut. Die Ähnlichkeiten betreffen allerdings auch die eher schlechten Bewertungen bei Arbeitsmarkt

¹ In diesem Jahr gab es den Economic Freedom Report noch nicht, die Zahlen wurden auf der Basis von vorhandenem statistischen Material zurückgerechnet.

und Umfang der Staatstätigkeit. Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Bewertungen für Deutschland von Bereich zu Bereich sehr stark unterscheiden. Besonders auffällig und gleichzeitig bedenklich ist der 94. und damit vorletzte Platz bei der Freiheit des Arbeitsmarktes. Hier zeigt sich ein Hauptproblem der deutschen Politik – die Überregulierung des Arbeitsmarktes ist eine der wesentlichen Ursachen für die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Eine besonders schlechte Bewertung erreicht Deutschland auf dem Gebiet des Kündigungsrechts und des Tarifrechts.

Bereich	Bewertung	Rang
1: Umfang der Staatstätigkeit: Ausgaben, Steuern, staatliche Unternehmen	4,2	107 von 123
2: Rechtssystem und Schutz der Eigentumsrechte	8,7	9 von 123
3: Stabilität der Währung	9,6	20 von 123
4: Freiheit des Außenhandels	8,6	8 von 123
5: Regulierungen von Finanz- und Arbeitsmärkten sowie der unternehmerischen Tätigkeit	5,6	84 von 123
5A: Regulierungen der Finanzmärkte	7,9	49 von 123
5B: Regulierungen des Arbeitsmarktes	2,5	94 von 95
5C: Regulierungen der unternehmerischen Tätigkeit	6,3	18 von 95

Tabelle 1: Teilbewertungen im Economic Freedom Index für Deutschland

Beim Umfang der Staatstätigkeit liegt Deutschland aufgrund der hohen Steuer- und Abgabenquote, aber auch aufgrund des großen Umfangs an Subventionen und Transfers sehr schlecht. Diese hemmen die wirtschaftliche Entwicklung, sie behindern inländische Investoren und schrecken ausländische ab. Im Vergleich zu den letzten Jahren stagniert Deutschland in diesem Bereich.

Stabile Währung und der funktionierende Rechtsstaat sind positive Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung und damit den Wohlstand. Gleiches gilt für die weitgehende Freiheit des Außenhandels, der für Deutschland eine besonders große Bedeutung hat. Deutschland erhält hier weiterhin eine hohe Bewertung.

Neben dem bereits erwähnten Arbeitsmarkt gibt es noch auf einigen anderen

Gebieten besonderen Reformbedarf, der im Bericht deutlich wird. Dazu gehört zum Beispiel der öffentlich-rechtliche Bankensektor, der den freien Wettbewerb der privaten Banken behindert. Nachholbedarf gibt es auch bei den bürokratischen Hürden, die bei der Anmeldung eines neuen Unternehmens zu überwinden sind – hier kann noch vieles vereinfacht werden.

Die Rangfolge

Die komplette Rangfolge für das Jahr 2002 findet sich auf den Mittelseiten dieses Heftes. Sowohl bei der aktuellen Rangfolge als auch beim historischen Vergleich zeigen sich interessante Tendenzen. Hongkong und Singapur halten sich bereits einige Zeit an der Spitze, auch die USA, Neuseeland, Großbritannien und die Schweiz sind schon länger in der Spitzengruppe und belegen jetzt gemeinsam den dritten Platz. Es fällt außerdem auf, dass die absolute Bewertung Deutschlands relativ stabil geblieben ist – es ist also kaum eine Verbesserung zu erkennen. Im Ranking sind aber mehrere Länder an Deutschland vorbeigezogen, haben also ihre Situation deutlich verbessert.

Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Simbabwe und Birma zieren dagegen das Ende der Tabelle. Sie haben also höchst unfreie Wirtschaftssysteme – und sie gehören auch zu den ärmsten Ländern weltweit.

Besonders auffällig sind die Fortschritte, die viele der Transformationsstaaten gemacht haben. Das zeigt sich in einer deutlichen Verbesserung ihrer Bewertung und auch in ihrem Aufstieg in der Tabelle.

So sind z.B. die Zugewinne an wirtschaftlicher Freiheit in Estland beträchtlich. Von einer noch der sowjetischen Vergangenheit geschuldeten niedrigen Bewertung im Jahr 1990 gelang ein Aufstieg in die erweiterte Spitzengruppe. Inzwischen ist es Estland wie im 2001 gelungen, sich vor Deutschland zu platzieren. Ungarn liegt jetzt mit Deutschland gleichauf.

Ähnlich positiv ist die Entwicklung in Tschechien und den anderen Ländern, die in diesem Jahr der EU beigetreten sind. Russland hat bezüglich der wirtschaftlichen Freiheit noch einen deutlich weiteren Weg vor sich, nach vielen Schwierigkeiten und Irrwegen auch während der postkommunistischen Zeit waren dort zuletzt einige Fortschritte zu beobachten, die jetzt allerdings wieder von faktischer Stagnation abgelöst wurden. In China sind ebenfalls deutlich positive Entwicklungen zu beobachten, die sich verstärken werden, wenn sich der Beitritt zu WTO in den Statistiken auswirkt. Besondere Probleme gibt es in diesen beiden Ländern noch im Rechtssystem und vor allem beim Schutz der Eigentumsrechte.

Deutschland im europäischen Vergleich

Es könnte argumentiert werden, dass Deutschland sich als hochentwickeltes Land von vielen Entwicklungsländern unterscheidet. Das könnte dazu geführt haben, dass sich sehr viele soziale Sicherungen und Schutzmechanismen entwickelt haben, die zu einem schlechteren Ergebnis Deutschlands führen.

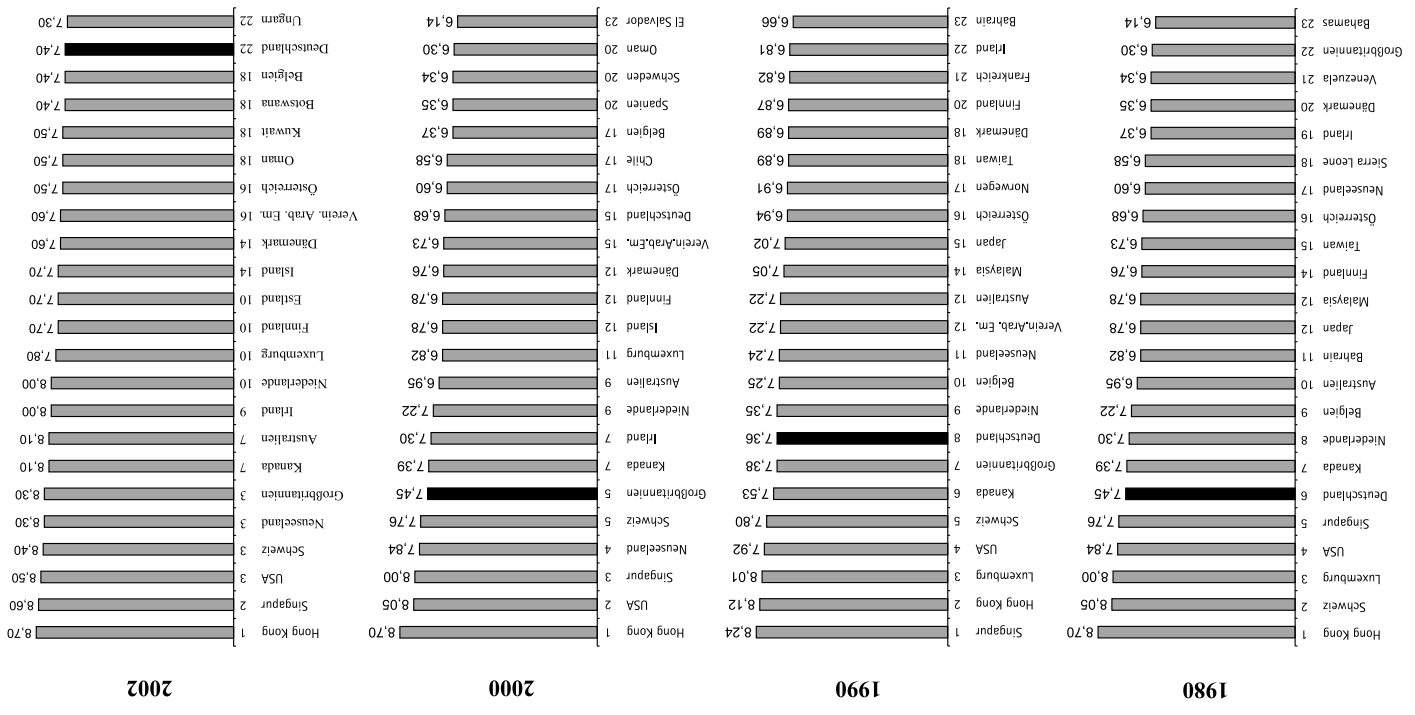
Gleichzeitig ist oft zu hören, dass sich das „kontinentaleuropäische Modell“ von Marktwirtschaft und Sozialstaat grundsätzlich vom „angloamerikanischen“ unterscheidet. Es erscheint deshalb sinnvoll, sich einmal eine separate Rangfolge der 25 EU-Mitgliedstaaten anzuschauen.

Großbritannien gehört als Beispiel des „angloamerikanischen“ Modells natürlich auch zur EU. Wer also an unüberbrückbare Differenzen zwischen den beiden oben genannten Wirtschaftsmodellen glaubt, ignoriere einfach Großbritannien in den folgenden Darstellungen.

Zunächst wurde der **Bereich 1: Umfang der Staatstätigkeit: Ausgaben, Steuern, staatliche Unternehmen** ausgewählt.

Die Spitzengruppe bilden hier Zypern, Großbritannien und Estland. Die europäischen Länder schneiden in diesem Bereich im internationalen Vergleich relativ schlecht ab. Zypern als führendes Land innerhalb der EU ist international nur 27., Großbritannien als Zweiter nur 36. Deutschland ist im europäischen Vergleich 21., weltweit damit nur 107. Das Ende der Rangfolge ziert ein Land mit langer staatswirtschaftlicher und zentralistischer Tradition. Die großen Unterschiede innerhalb der Europäischen Union machen deutlich, dass es auch innerhalb einer gut vergleichbaren Staatengruppe wie der EU große politische Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Es besteht noch viel Bedarf für weitere Privatisierungen und für die Senkung öffentlicher Ausgaben und damit von Steuern. Gerade in der Steuerpolitik ist Wettbewerb sehr wichtig. Harmonisierungs- und Gleichschaltungsbestrebungen, wie sie innerhalb der EU immer wieder laut werden, sind ein Schritt hin zu einem Abstieg Europas hinsichtlich von Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit. Es bleibt also in Deutschland und Europa für liberale Politik noch viel zu tun.

Abb. 1 (r.): Rangfolge des Economic Freedom Report im historischen Vergleich²



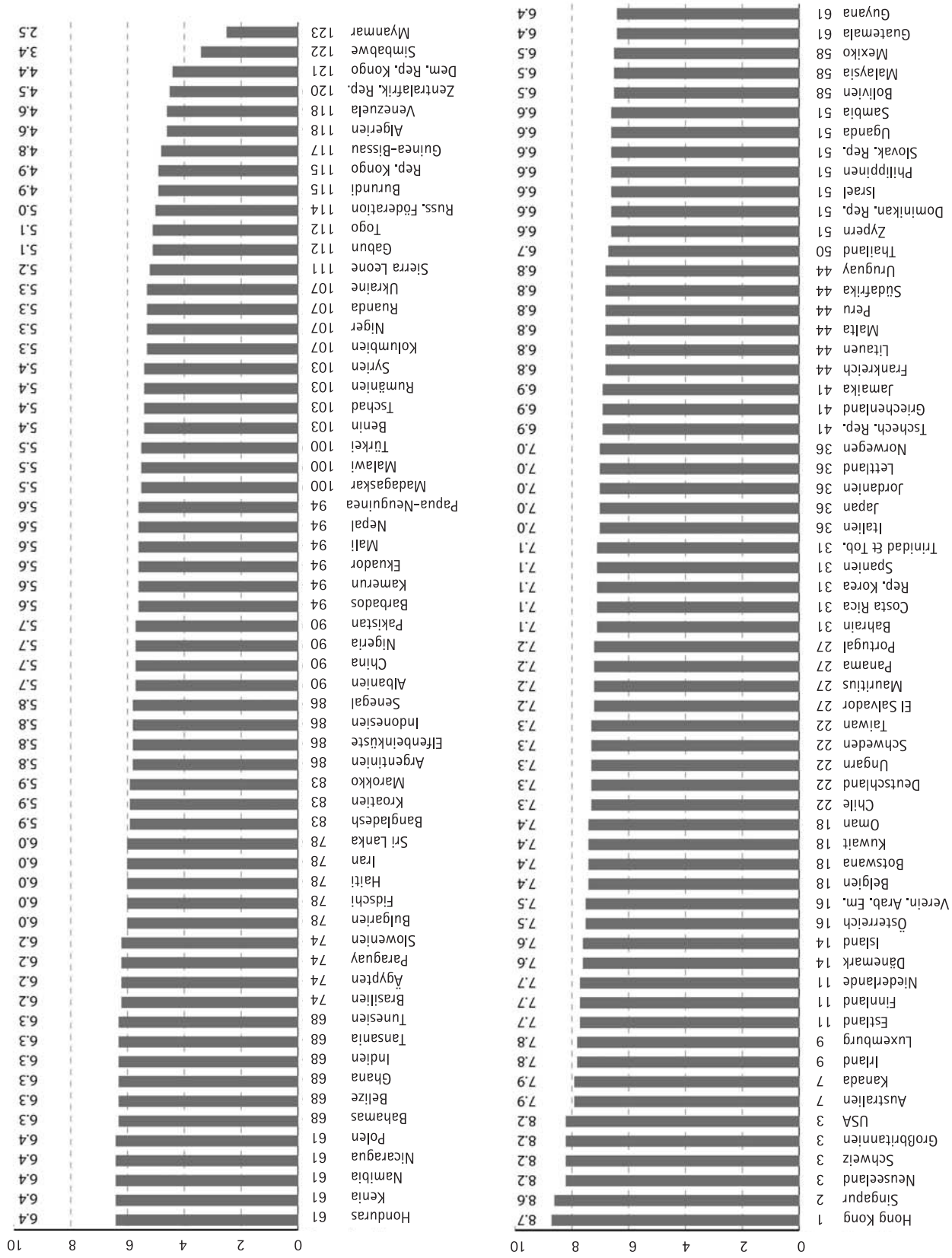


Abb. 2: Economic Freedom Index für 2002

Das wird noch deutlicher, wenn wir uns die Situation auf dem Arbeitsmarkt anschauen. Natürlich ist das weitweite Schluslicht Deutschland auch europäisches Schluslicht unter in diesem Fall nur 24 Ländern, da für Zypern kein ausreichendes Datenmaterial vorlag. Es wird wieder deutlich, dass es auch anders geht. Und Beispiele liefern eben nicht nur Malta oder Großbritannien, sondern eine Reihe von Ländern schneiden weit besser ab als Deutschland. Dazu zählen etwa Belgien und die Niederlande, die nicht gerade als Beispiel für den hemmungslosen Turbokapitalismus gelten. Die Streuung der europäischen

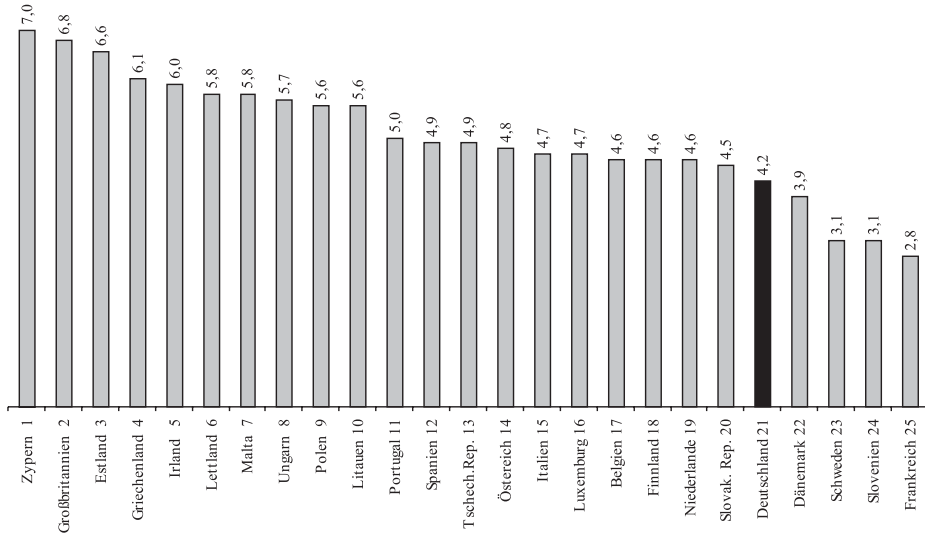


Abb. 3: Rangfolge der EU-Mitgliedsländer nach dem Umfang der Staatstätigkeit – höhere Werte bezeichnen eine geringere Staatstätigkeit

Länder im Weltmaßstab ist beträchtlich, sie reicht von Platzierungen im ersten Fünftel bis hin zum Vorletzten Deutschland.

Regulierungsdichte, Macht der Tarifparteien und Kündigungsschutz können also um Einiges zurückgefahren werden, ohne die Arbeitnehmer zu rechtlosen „Opfern der Marktkräfte“ zu machen.

Ganz im Gegenteil: Durch Deregulierung des Arbeitsmarktes entsteht neue wirtschaftliche Dynamik, die neue Chancen für viele derzeit Arbeitslose schafft.

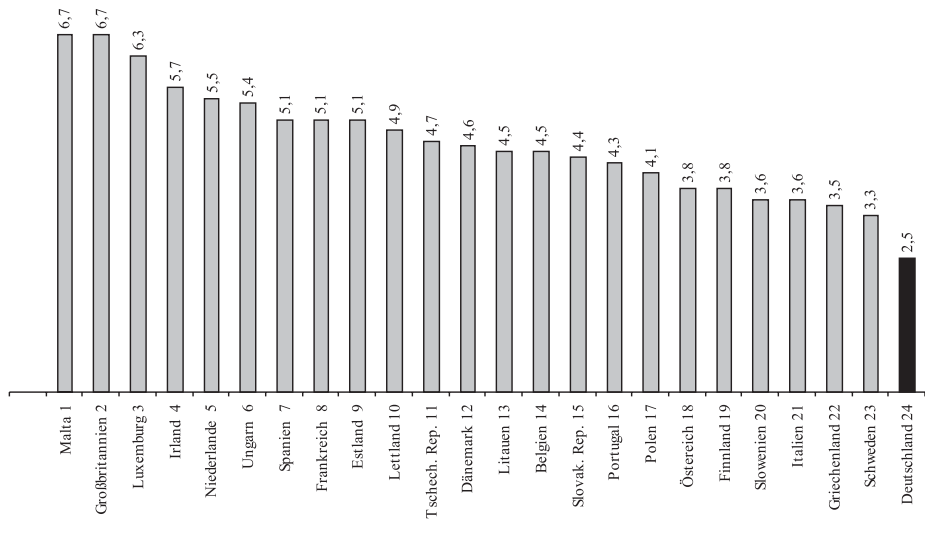


Abb. 4: Rangfolge der EU-Mitglieder hinsichtlich der Freiheit des Arbeitsmarktes in Europa

Doch zum Schluss dieses Abschnittes noch etwas Positives. Das Rechtssystem in Deutschland und in der gesamten Europäischen Union bietet einen guten Rahmen für Wettbewerb und wirtschaftlichen Erfolg. Eine weitgehend unabhängige Justiz garantiert die Durchsetzung von Verträgen und sichert die Eigentumsrechte der Bürger und der Unternehmen. Finnland und Dänemark belegen sogar weltweit die führenden Plätze, Deutschland steht ebenfalls sehr gut da. Es wird auch deutlich, dass die Transformationsstaaten gerade auf diesem Gebiet noch einen gewissen Nachholbedarf haben.

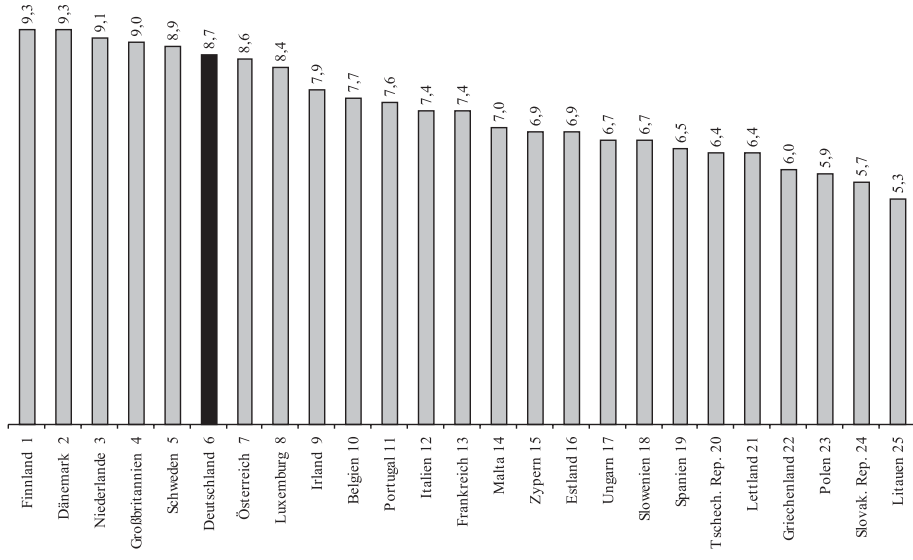


Abb. 5: Rangfolge der EU-Mitglieder im Bereich 2: Rechtssystem und Schutz der Eigentumsrechte

Auswirkungen von wirtschaftlicher Freiheit und Unfreiheit

Es lassen sich zahlreiche und sehr starke Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Freiheit und anderen Größen feststellen. Daraus ergeben sich politische Argumente für Liberalisierung und die Einrichtung der Institutionen der Marktwirtschaft sowie gleichzeitig gegen staatlichen Interventionismus und Überregulierung.

Die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Freiheit und verschiedenen anderen Größen werden veranschaulicht, indem die Länder in „Quintile“, also mit der schlechtesten Bewertung nach dem *Economic Freedom Report*, im obersten Fünftel diejenigen mit der besten Bewertung. Für jedes Fünftel werden Durchschnittswerte bestimmter Größen gebildet, die dann graphisch dargestellt werden.

Ein offensichtlicher Zusammenhang besteht zwischen der wirtschaftlichen Freiheit und dem Wirtschaftswachstum. Während die freiesten Länder das mit Abstand größte Wachstum aufweisen, schrumpft in den unfreiesten Ländern

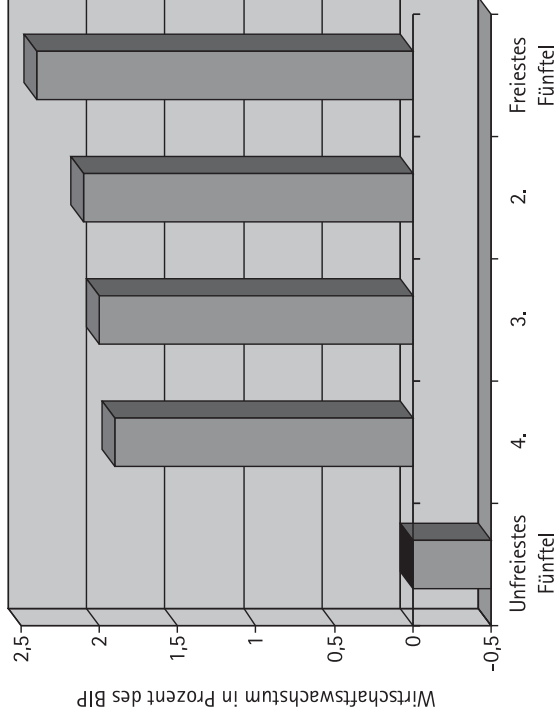


Abb. 6: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wirtschaftswachstum

die Wirtschaft sogar um fast ein Prozent. Das führt die Behauptung ad absurdum, dass Regulierungen und andere Freiheitseinschränkungen dazu dienen, die Wirtschaft eines Landes zu stärken, indem sie vor dem Wettbewerbsdruck geschützt wird. Das Gegenteil ist der Fall. Die Herrschenden in diesen Ländern ruinieren ihre Volkswirtschaften und berauben damit auch die Bevölkerung ihrer Länder fast aller Lebenschancen.

Wirtschaftliche Freiheit schafft Wohlstand. Das Pro-Kopf-Einkommen zeigt eine ganz klare Korrelation mit dem *Economic Freedom Index*. Und die schon durch erste Anfänge von Liberalisierung zu erzielenden Wohlstandsgewinne sind beträchtlich. Schon das zweit schlechteste Fünftel hat ein um ca. zwei Drittel höheres Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt als das schlechteste. Aber Liberalisierungsanstrengungen lohnen sich immer – die besten Länder erreichen einen Wert, der fast doppelt so hoch ist wie der des zweitbesten Fünftels und fast 10mal so hoch wie bei den unfreiesten und gleichzeitig ärmsten Ländern.

Gegner der Freiheit, unter ihnen die sogenannten Globalisierungsgegner, würden an dieser Stelle sagen: So weit, so gut. Vielleicht erzeugt ja wirtschaftliche Freiheit Wachstum und Einkommen, aber die Einkommensunterschiede werden immer größer, die Ärmsten haben nur wenig oder gar nichts vom Wachs-

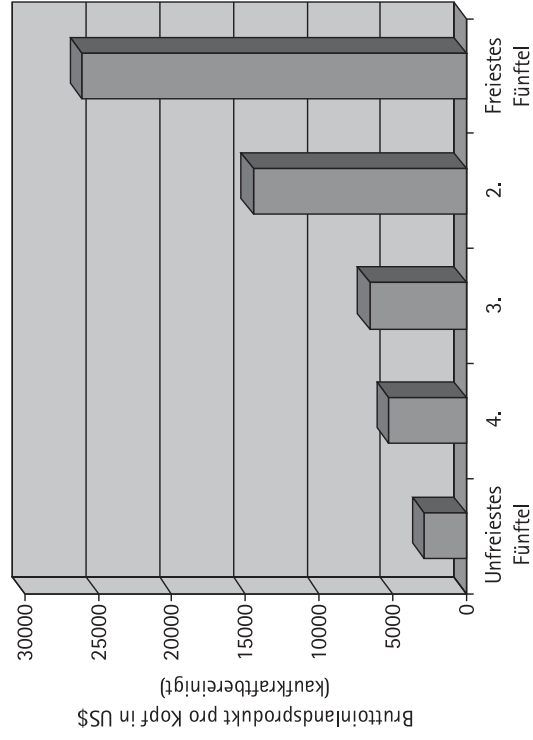


Abb. 7: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wohlstand (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf)

tum. Das ist ganz offensichtlich falsch. Der Einkommensanteil der Ärmsten liegt in den freiesten Ländern sogar etwas höher als in den unfreiesten. Insgesamt sind beim Einkommensanteil der Ärmsten nur relativ geringe Unterschiede zwischen den Ländergruppen festzustellen. Daraus folgt, dass die Armen, hier bestimmt durch die 10% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen, ebenfalls von wirtschaftlicher Freiheit und Öffnung der Märkte profitieren. Für sie gilt das sogar in ganz besonderem Maße, da die Einkommenssteigerung für die Ärmsten oft mit dem Verlassen der absoluten Armut verbunden ist und ihnen oft erstmals die Chancen zu einem menschenwürdigen Leben eröffnet.

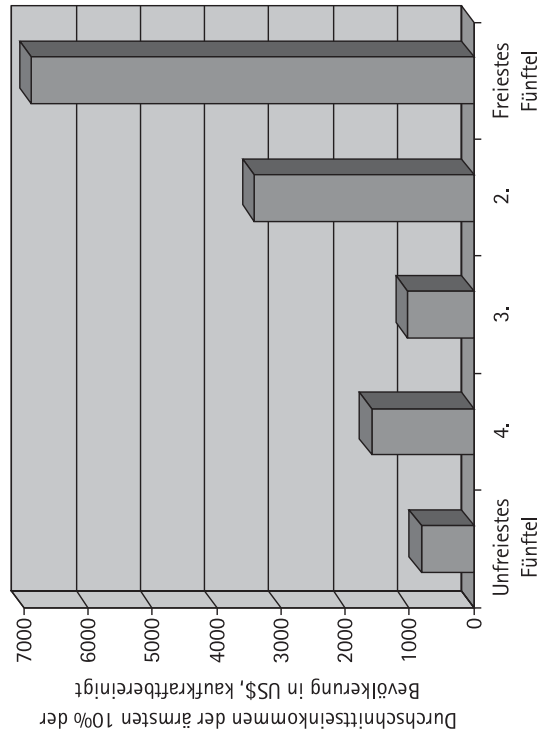


Abb. 8: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und dem Einkommen der Ärmsten

Geht es denn nur um die Wirtschaft?

Den Verfechtern einer freien Wirtschaftsordnung wird oft vorgeworfen, sie reduzierten ihr Weltbild ausschließlich auf materielle Faktoren. Aber: Ist es denn überhaupt wahr, dass in einem marktwirtschaftlich orientierten Land die anderen Dimensionen der Lebensqualität ausgeblendet werden? Auch hier muss die Wirtschaftsfreiheit ihren Test bestehen.

Es ergibt sich wiederum ein eindeutiges Bild. Ein Indikator zeigt deutlich, wie sehr wirtschaftliche Freiheit den Menschen nützt: die Lebenserwartung. Die Menschen in freien Volkswirtschaften leben deutlich länger – über 20 Jahre im Vergleich zu den unfreiesten. Das hat mit mehr Wohlstand, aber natürlich auch mit besseren Gesundheitssystemen zu tun.

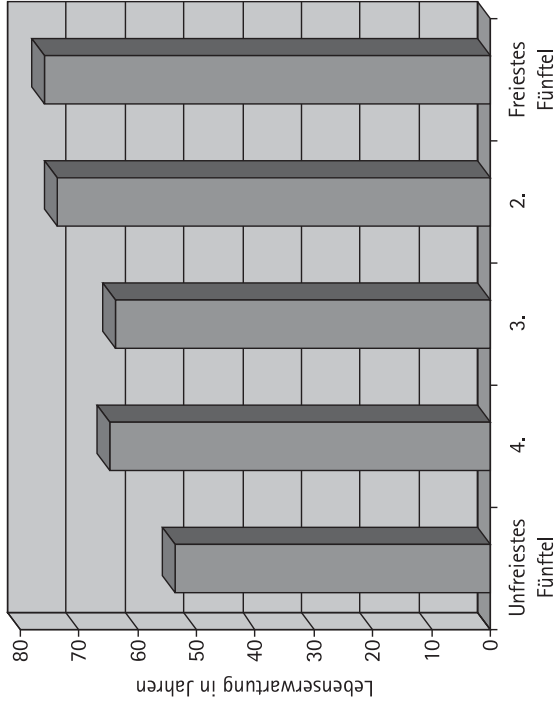


Abb. 9: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Lebenserwartung

Die Menschen werden nicht nur älter, sondern sie haben in wirtschaftlich freien Ländern auch in ihrer Jugend bessere Bildungschancen. Das zeigt sich etwa an den signifikant niedrigeren Analphabetenraten in den freieren Ländern. Gleichzeitig geht das Maß an Kinderarbeit zurück, in den freiesten Ländern ist sie, wie die folgende Abbildung zeigt, praktisch verschwunden. Das ist von großer Wichtigkeit für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft jedes Landes. Für die Entwicklung hin zu mehr Wohlstand und zu hochwertigeren Arbeitsplätzen ist eine gute Bildung unabdingbar. Das gilt auch für die Herausbildung offener und demokratischer Gesellschaften.

Die Vereinten Nationen messen den Stand der „menschlichen Entwicklung“ (Human Development)³ mit einem Index, der neben den Einkommen auch an-

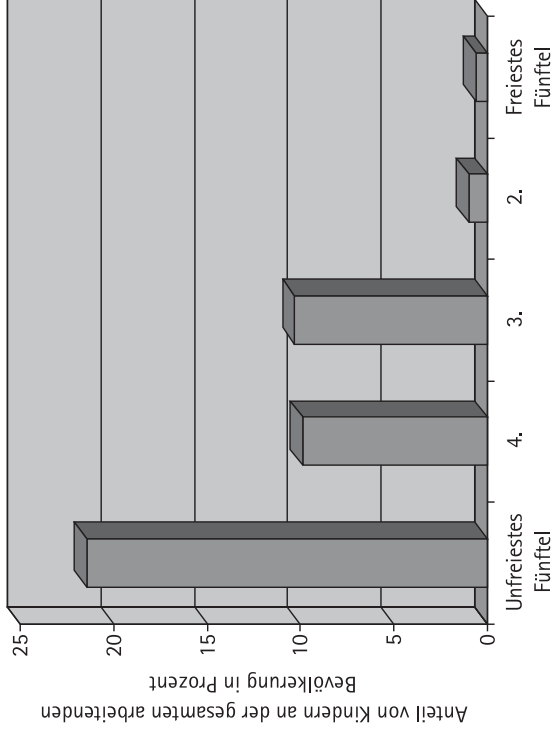


Abb. 10: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und dem Ausmaß an Kinderarbeit

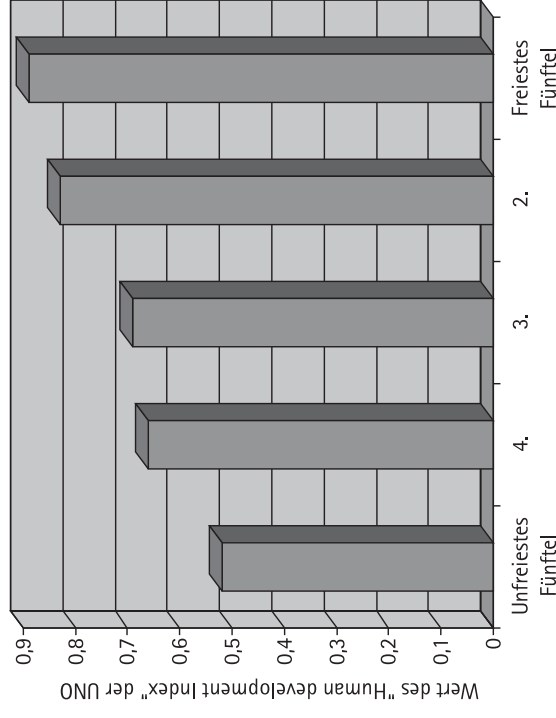


Abb. 11: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und menschlicher Entwicklung (Human Development Index der UNO)

³ United Nations Development Programme, Human Development Indicators 2003: <http://hdr.undp.org/statistics/data/>

dere Faktoren einbezieht. Er soll die Lebensqualität besser abbilden als rein ökonomische Daten. In ihn gehen Bildungspartizipation, Lebenserwartung und Einkommen ein. Dieser Index, der Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann, ergibt in Korrelation zur wirtschaftlichen Freiheit wiederum ein ganz klares Bild, wie es an dieser Stelle nicht mehr überraschen kann. Die Lebensqualität der Menschen in wirtschaftlich freien Ländern ist deutlich größer.

Wirtschaftliche Freiheit und politische Rechte – Ein Widerspruch?

Kann wirtschaftliche Freiheit nur auf autoritärem Weg durchgesetzt werden? Sind politische Rechte eher hinderlich bei der Einführung eines Systems der wirtschaftlichen Freiheit? Diese Frage scheint nicht ganz unberechtigt, wenn man sich die historische Entwicklung und die aktuelle Situation einiger Länder anschaut, die über ein hohes Maß an wirtschaftlicher Freiheit verfügen. Doch ein Blick auf die vorliegenden Daten ergibt ein anderes Bild. Mehr wirtschaftliche Freiheit geht ganz eindeutig mit der Gewährung von mehr politischen

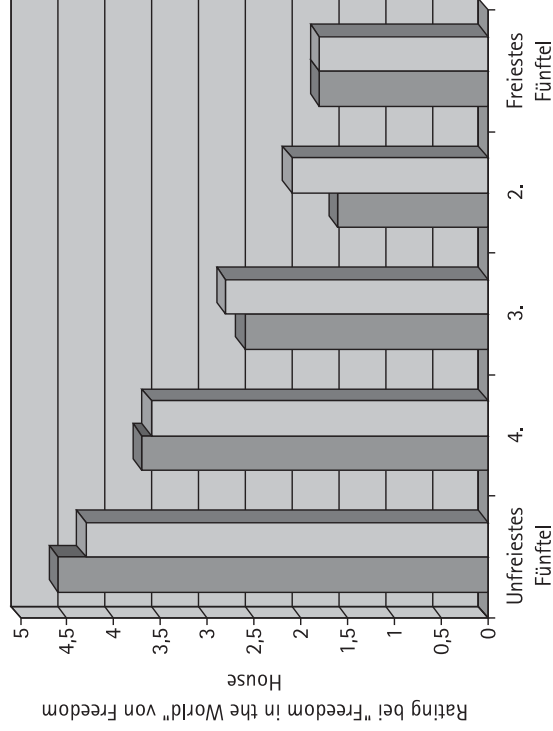


Abb. 12: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und politischen Rechten (■) sowie bürgerlichen Freiheiten (□)

Achtung: Das bestmögliche Rating ist eine 1, das schlechtestmögliche eine 7!

Rechten, wie z.B. fairen Wahlen und mit mehr bürgerlichen Freiheiten, wie z.B. dem Recht auf freie Meinungsäußerung einher. Der Abbildung liegen allgemein anerkannte Ratings von Freedom House zugrunde.

Etwas zur Kausalität

Gegen die bisher dargestellten Zusammenhänge könnte eingewendet werden: Vielleicht ist ja gar nicht die wirtschaftliche Freiheit die Ursache für Wirtschaftswachstum und steigenden Wohlstand. Vielleicht ist es ja andersherum. Vielleicht können sich erst reichere Volkswirtschaften mehr wirtschaftliche Freiheit leisten. Doch die Daten zeigen ein anderes Bild. Länder, die über eine längere Zeit ein hohes Maß an wirtschaftlicher Freiheit aufgewiesen haben, zeigen gerade in dieser Zeit ein hohes Wachstum. Aus methodischen Gründen wird an dieser Stelle nicht mit Quintilen gearbeitet, sondern die Länder werden nach Ihrem langfristigen absoluten Durchschnittswert in drei Gruppen zusammengefasst. Die folgende Darstellung zeigt, das Länder, deren Rating der wirtschaftlichen Freiheit über einen Zeitraum von 20 Jahren im Durchschnitt unter 5 lag, in diesem langen Zeitraum auch kaum Wirtschaftswachstum aufgewiesen haben. Im Gegensatz dazu wuchsen die Länder mit einem dauerhaft hohen Wert der wirtschaftlichen Freiheit deutlich schneller. Die Wachstumsraten wurden nach ökonomischen Methoden angepasst, um den Einfluss anderer Faktoren zu eliminieren.⁴

⁴ Dabei wurden die Wachstumszahlen so adjustiert, dass andere wesentliche Faktoren, die das Wirtschaftswachstum beeinflussen, als konstant für alle Länder angenommen werden konnten. Zu diesen Faktoren zählen das ursprüngliche Einkommensniveau, Küsten- oder tropische Lage und das vorhandene Humankapital.

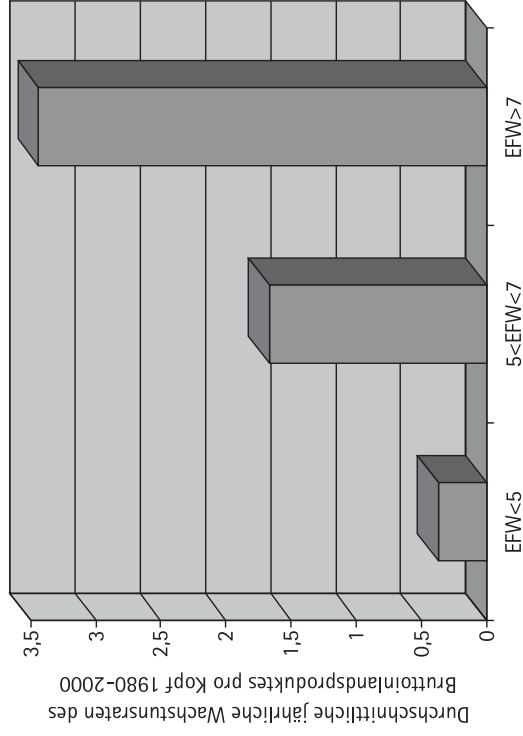


Abb. 13: Langfristiger Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wirtschaftswachstum

Dafür gibt es verschiedene Gründe, ein wesentlicher lässt sich jedoch ganz klar zeigen: In wirtschaftlich freieren Ländern wird mehr investiert. Ein größerer Teil des Bruttoinlandsproduktes fließt in die Verbesserung der Kapitalbasis der Volkswirtschaft. Und das, obwohl fast schon per definitionem, die staatlichen Investitionen niedriger als in unfreieren Ländern sind. Private Unternehmer überkompensieren also mit ihren privaten Investitionen die geringeren staatlichen Investitionen und sorgen für eine deutlich höhere Investitionsrate. Außerdem ist, wie weitere Berechnungen zeigen, die Produktivität der Investitionen in freieren Ländern deutlich höher.

Die Betrachtung kausaler Zusammenhänge führt auch direkt zu einem der beiden Gründe für die Hoffnung, dass auch in Deutschland noch mehr wirtschaftliche Freiheit möglich ist.

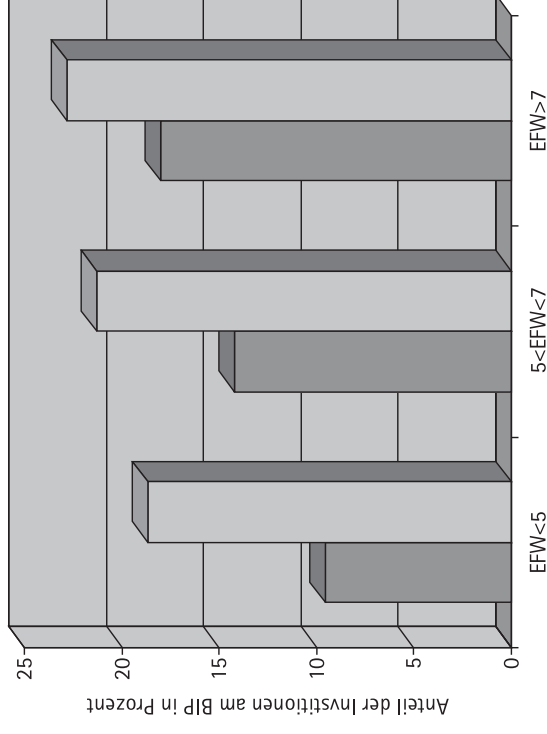


Abb. 14: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Investitionen insgesamt (■) sowie privaten Investitionen (■)

Zusammenfassung und zwei Gründe für Hoffnung

Freiheit ist für den Liberalen Selbstzweck. Es ist aber auch gut zu wissen, dass sie viel zum Wohlbefinden der Menschheit beiträgt. Dass dies so ist, belegt die Studie *Economic Freedom of the World* eindrücklich. Eine freie, marktwirtschaftliche Ordnung trägt zu mehr Wirtschaftswachstum, zu höheren Einkommen und zu geringeren Einkommensunterschieden bei. In einer freien Marktwirtschaft leben die Menschen länger, sind die Staatsbediensteten weniger korrupt und gibt es weniger Analphabeten. Schlicht gesagt: Die Lebensqualität ist höher. Auch wenn die Feinde einer offenen Wirtschaft im linken und rechten Spektrum der Politik das Gegenteil behaupten, so ist doch klar, dass es die Marktwirtschaft ist, die uns auf den Weg zu Entwicklung und Wohlstand führt.

Wenn es denn nun so ist, dass die Wirtschaftsfreiheit so viel Gutes bewirken kann, muss man da nicht verzweifeln? Muss man nicht daran verzweifeln, dass die Freiheit offenbar immer mehr durch den Staat eingeengt wird? Lassen wir uns nicht den Blick verstellen durch die gegenwärtige Reformunfähigkeit unseres deutschen Hochsteuer- und Umverteilungsstaates. Es zeigt sich, dass sehr geringes Wirtschaftswachstum Anreize bietet, die wirtschaftliche Freiheit zu erhöhen. Es besteht eine negative Korrelation zwischen Wachstumsraten in

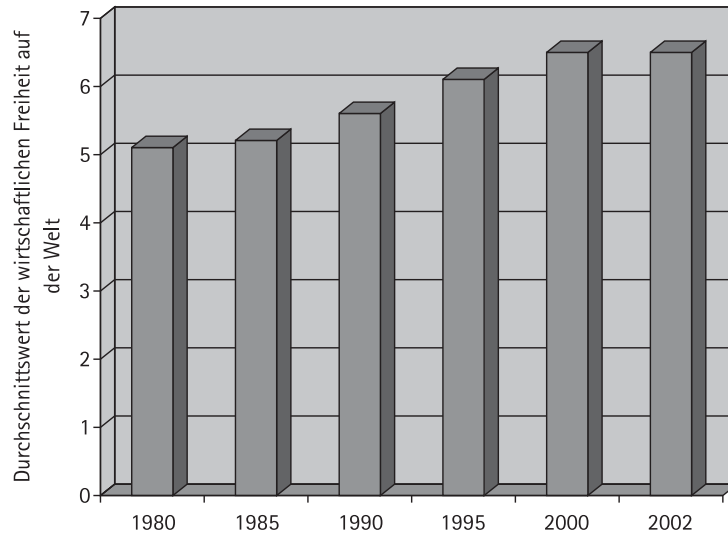


Abb. 15: Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit in der Welt

den 80ern und der Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit in den 90ern. Das heißt, viele der Länder, die in den 80er Jahren ein sehr geringes Wirtschaftswachstum aufwiesen, haben sich zu Reformen in den 90ern entschlossen, und, wie die schon dargestellten Daten belegen, damit Erfolge erzielt. Ein Grund für Zuversicht hinsichtlich der Entwicklung in Deutschland hat also einen etwas faden Beigeschmack: Das seit langer Zeit unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum erhöht den Veränderungsdruck.

Optimismus ist auch aus einem anderen Grund angebracht: Die Freiheit ist auf dem Vormarsch – weltweit! Auch wenn derzeit eine gewisse Stagnation im weltweiten Durchschnitt herrscht, sind doch die Erfolge augenscheinlich, die viele Länder in den letzten Jahren erreicht haben. Dies sollte Ansporn sein, etwas für die Freiheit in Deutschland zu tun, denn langfristig wird sich auch die Bundesrepublik diesem (langanhaltenden) Trend nicht widersetzen können.

„Die Freiheit, wenn sie erst einmal Wurzeln gefasst hat, ist eine Pflanze schnellen Wachstums.“

George Washington (1796)

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.



PositionLiberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts
der Friedrich-Naumann-Stiftung

Hubertus Müller-Groeling
THE SOCIAL DIMENSION OF LIBERAL POLICY
Frühjahr 2003

Otto Graf Lambsdorff
LIBERTY – THE BEST REMEDY AGAINST POVERTY
Herbst 2003

Gerhart Raichle
UMVERTEILUNG – WOZU, WIEVIEL, WIE?
Frühjahr 2004

Horst Wolfgang Boger
DAS DEUTSCHE BILDUNGSSYSTEM AM ABGRUND
Daten, Analysen und Rettungsvorschläge
Frühjahr 2004

Sascha Tamm
DIE ZUKUNFT EUROPAS –
FREIHEIT UND WETTBEWERB
Frühjahr 2004

Detmar Doering
MYTHOS MANCHESTERTUM
Ein Versuch über Richard Cobden
und die Freihandelsbewegung
Frühjahr 2004

